

Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende,

im Namen der AfD-Fraktion beantrage ich für die nächste Sitzung des Ausschusses für Inneres und Sport am 4. September 2025 eine Unterrichtung zum Thema:

„Tötung eines 16jährigen Mädchens durch einen vollziehbar ausreisepflichtigen Asylbewerber“.
Zwei Wochen nach ihrem Tod wurde ein irakischer Staatsbürger festgenommen, der verdächtigt wird, am Bahnhof in Friedland ein Mädchen vor einen fahrenden Zug gestoßen und so getötet zu haben. Der Tatverdächtige soll am Tattag in stark alkoholisiertem Zustand randaliert und die Polizei zum toten Mädchen geführt haben. Er reiste Medienberichten zufolge im September 2022 nach Deutschland ein und stellte einen Asylantrag. Im Dezember 2022 wurde sein Antrag abgelehnt, weil Litauen nach den Dublin-Regeln für sein Verfahren zuständig ist. Die anschließende Klage des Asylbewerbers vor dem Verwaltungsgericht Göttingen wurde erst im Februar 2025 entschieden mit dem Ergebnis, dass er ausgewiesen werden darf. Ein Antrag auf Abschiebehaft für den zwischenzeitlich unbekannt verzogenen Mann konnte von einem Gericht nicht einmal geprüft werden, weil der Antrag zu mangelhaft war.

Zudem soll bereits wenige Tage nach der Tat eine Mordkommission eingerichtet worden sein, ohne die Öffentlichkeit zu informieren. Medien stellen die Frage, ob die Tat in der Öffentlichkeit „kleingehalten“ werden sollte.

Im Rahmen der Unterrichtung bitten wir um eine ausführliche Darstellung des erschütternden Falles und in diesem Rahmen insbesondere um Erläuterung, aus welchen Gründen Gerichte jahrelang brauchen, um lediglich die Zulässigkeit eines Asylantrages und damit einhergehende Ausweisung zu prüfen sowie die Gründe für den mangelbehafteten Antrag auf Abschiebehaft. Weiterhin soll der bisherige Ablauf des Ermittlungsverfahrens dargestellt und erläutert werden, wieso der den Medienberichten zufolge von Anfang an auffällige Mann, der Polizisten zu einem in einem Bahnhof liegenden toten Mädchen führt, zunächst nicht als tatverdächtig galt.

Mit freundlichen Grüßen

Stephan Bothe MdL

Innenpolitischer Sprecher
AfD Landtagsfraktion Niedersächsichen